

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 17.11.2021

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungspause: 16:41 Uhr bis 16:49 Uhr
Ende: 18:35 Uhr

Ordentliche Teilnehmer/innen:

CDU

Herr André Langeworth
Frau Tanja Orłowski

SPD

Frau Regine Weißenfeld Vorsitzende
Frau Judith Wend

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Serafin Eilmès
Frau Susann Purucker

FDP

Herr Leo Knauf (bis 16:55 Uhr)

Die Linke

Herr Dominik Goertz

Beratende Mitglieder

Frau Saskia Kesting
Herr Hasan Pekmezci
Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Georg Epp
Frau Kirsten Fuhrmann
Frau Katja Häckel
Frau Melanie Hoffmann
Herr Ingo Nürnberger
Frau Beate Scigala-Blatt
Frau Gabriele Stillger
Herr Oliver Wittler

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Jochen Hanke

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Kirsten Hopster
Herr Marc Korbmacher
Frau Regina Puffer
Herr Matthias Rotter
Herr Michael Schütz

Schriftführung

Frau Liesa Warneke

Verwaltung bzw. Sonstige:

Herr Jörg Leesemann	Stadt Bielefeld - Dezernat 5
Frau Anke Berkemeyer	Stadt Bielefeld - Jugendamt
Herr Thomas Helmke	Stadt Bielefeld - Jugendamt
Frau Claudia Meise	Stadt Bielefeld - Jugendamt
Frau Silke Aron	Stadt Bielefeld - Büro für Integr. Sozialplanung und Prävention
Frau Nalan Gürbüz-Bicakci	Stadt Bielefeld - Büro für Integr. Sozialplanung und Prävention
Herr Werner Wörmann	Stadt Bielefeld - Büro für Integr. Sozialplanung und Prävention
Frau Dagmar Maaß	Stadt Bielefeld - Umweltamt
Herr Henry Schuckmann	Kinder- und Jugendparlament
Frau Beatrice Tappmeier	Frauenhaus Bielefeld
Frau Kerstin Eckhof	Spielen mit Kindern e. V.
Herr Jan Steinsiek	Trägerverein der Evangelischen Offenen und Mobilen Arbeit
Herr Malte Hausmann	Trägerverein der Evangelischen Offenen und Mobilen Arbeit
Herr Christian Arendt	AWO Kinder- und Jugendhaus Brake
Frau Petra Schlegel	DRK

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Weißenfeld begrüßt die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses fest.

Anschließend erklärt Frau Weißenfeld, dass zur heutigen Sitzung ein neues Mitglied des Jugendhilfeausschusses anwesend sei, welches noch verpflichtet werden müsse. Sie bittet die Anwesenden sich zu erheben und führt Herrn Hasan Pekmezci von der BezirksSchülerInnenVertretung in sein Amt ein und verpflichtet ihn nach der folgenden Formel:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben als Mitglied des Jugendhilfeausschusses nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

Herr Pekmezci bekundet sein Einverständnis mit einem deutlichen „Ja“.

Daraufhin gibt Frau Weißenfeld an, dass Herr Knauf aus terminlichen Gründen angefragt habe, die Tagesordnungspunkt 5 und 6 zu tauschen.

Da niemand dem widerspricht, wird die Tagesordnung abgeändert. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.09.2021

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29.09.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

-.-.-

Zu Punkt 2.1 Planungen bezüglich einer neuen Kindertagesstätte "Am Hagenbrock" in Brackwede Anfrage der Fraktion SPD für die BV Brackwede

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Projekt BEATZ4OWL in Sennestadt**
Anfrage der Fraktion CDU für die BV Sennestadt

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 2.3 **Schulische Versorgung von neu zugewanderten Schüler*innen**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Herr Langeworth berichtet, dass er keine Anmerkungen zum Inhalt der Anfragen habe. Allerdings sei ihm an der Form aufgefallen, dass diese nicht wie üblich von einem Ausschussmitglied, sondern von einer Mitarbeiterin der Geschäftsstelle unterschrieben worden seien. Der Zweck dieser Regelung sei, dass man sich bei Fragen im Vorfeld an das jeweilige Ausschussmitglied wenden könne.

Frau Weißenfeld bittet die Verwaltung um Prüfung des Regelwerks.

-.-.-

Zu Punkt 3.1 **Nachbetreuung gem. § 41a SGB VIII**
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2682/2020-2025

Die Antwort auf die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Careleaver-Projekt "Heimathafen"**
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2683/2020-2025

Die Antwort auf die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

-.-.-

Zu Punkt 4.1 **Vollständige Subventionierung des Trägeranteiles der zwei Kindertageseinrichtungen der Ev. Johanneswerk gGmbH ab dem Kita-Jahr 2022/2023**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2811/2020-2025

Frau Weißenfeld teilt mit, dass sie davon ausgehe, dass der Jugendhilfeausschuss nichts gegen die Subventionierung einzuwenden habe. Sie bittet die Verwaltung vor einer Beschlussfassung jedoch um Mitteilung dazu, welche Träger möglicherweise den gleichen Antrag stellen könnten und was für Auswirkungen dies hätte.

Herr Hanke gibt an, dass die Informationen bis zur nächsten Sitzung im Januar vorliegen.

Herr Langeworth teilt mit, dass die CDU sich die gleiche Frage gestellt habe und daher anfragt, den TOP vor der nächsten Sitzung im Unterausschuss zu beraten.

Frau Weißenfeld fragt Herrn Korbmacher, ob er damit einverstanden sei, den Antrag bis zur nächsten Sitzung zu schieben. Herr Korbmacher stimmt dem zu.

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 **Zielgerichtete Förderung zur Flexibilisierung der Kita-Öffnungszeiten**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2812/2020-2025

Frau Weißenfeld berichtet, dass die Verwaltung geplant habe, im Januar eine ausführliche Vorlage zu dem Thema Flexibilisierung vorzulegen. Daher fragt sie die Antragsteller, ob diese damit einverstanden seien, den TOP auf die nächste Sitzung zu vertragen. Diese stimmen dem Vorschlag zu.

Frau Purucker bittet um eine detaillierte Übersicht zu den 35-Flex-Korridoren in den teilnehmenden Einrichtungen. Zudem fragt sie, wie kurzfristig und flexibel die Eltern diese Korridore nutzen können. Ebenso erfragt sie, ob seit der Einführung der Möglichkeit 35-Flex die Zahl der 45-Stunden-Plätze gesunken sei und ob dies schon finanzielle Auswirkungen gehabt habe.

Herr Hanke sagt die Informationen zur nächsten Sitzung zu.

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 5

Grundkonzept zur Einführung eines Kinder- und Jugendparlamentes in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2735/2020-2025

(ehemals TOP 6)

Frau Weißenfeld teilt mit, dass den Anwesenden als Tischvorlage ein Zusatzantrag zu der Beschlussvorlage vorliege. Daraufhin bittet sie Herrn Epp um eine kurze Einführung.

Herr Epp berichtet, dass er gemeinsam mit Herrn Schuckmann im gestrigen Schul- und Sportausschuss gewesen sei. Die Vorlage sei mit einer Gegenstimme beschlossen worden.

Die weitere Diskussion findet unter TOP 5.1 statt.

Nach dieser fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

Beschluss:

- **Der Jugendhilfeausschuss beschließt das Grundkonzept zur Einführung eines Kinder- und Jugendparlamentes und gibt die im Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 eingestellten Mittel für die Sachkosten und die Stelle zur Begleitung und Unterstützung frei.**
- **Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Fachausschüssen und dem Rat der Stadt Bielefeld den Entwurf einer Satzung mit Wahlordnung und Geschäftsordnung zur Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes zur Beratung vorzulegen.**
- **Die erforderliche Anpassung der Hauptsatzung ist entsprechend vorzubereiten.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.1

Antrag zu TOP 6 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.11.2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2933/2020-2025

(ehemals TOP 6.1)

Frau Wend bedankt sich für die Erstellung der ausführlichen Vorlage und teilt mit, dass die Koalition dieser im Grundsatz zustimme. Daraufhin stellt sie den Antrag kurz vor. Sie verdeutlicht, dass dieser keine Vorgabe zur generellen Zusammensetzung sein solle.

Herr Knauf lobt die Verwaltung für die schnelle Erarbeitung. Er teilt mit, dass die FDP das Grundanliegen teile. Intention solle es sein, allen jungen Menschen ein Mitspracherecht zu geben. Allerdings könne dieses Ziel mit dem Vorschlag nicht erreicht werden. Grund sei hauptsächlich die

Vorgabe, dass ein Drittel der Mitglieder von der BezirksschülerInnenVertretung (BSV) sowie von den Arbeitsfeldern Jugendverbandsarbeit und Offene Kinder- und Jugendarbeit delegiert werden sollen. Diese Institutionen seien bereits im Jugendhilfeausschuss sowie zum Teil im Schul- und Sportausschuss vertreten.

Bezugnehmend auf den Antrag gibt er an, dass es u. a. bereits einen Integrationsrat und einen Behindertenbeirat gebe. Dadurch seien deren Positionen schon in der Politik vertreten. Durch das Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) solle jedoch denjenigen eine Stimme gegeben werden, die noch keine haben.

Er gibt an, dass die FDP nicht gegen den Antrag stimmen werde. Bei der Einbringung des Satzungsentwurfes werde es aber voraussichtlich Änderungsanträge geben.

Herr Langeworth gibt an, dass die CDU für die Einrichtung eines KiJuPa sei. Es stelle sich jedoch die Frage, ob man diesem durch die Vorlage nicht schon zu viele Vorgaben im Vorfeld mache. Durch den Antrag würde dies noch einmal verstärkt werden.

Daher schlage die CDU vor, von den Sprecherinnen und Sprechern des Parlaments vor der zweiten Wahlperiode einen Erfahrungsbericht zu bekommen. Zudem könne man sie dann fragen, ob es Änderungen an der Satzung geben sollte.

Frau Stillger teilt mit, dass sie Vorsitzende des Fachbeirats für Mädchenarbeit sei. In diesem Beirat artikulieren sich Mädchen nicht direkt, sondern es ginge in diesem um Mädchenarbeit.

Zudem gibt sie an, dass man am Beispiel der Parteien sehe, dass demokratische Grundrechte und Repräsentanz nicht funktioniere. Dies verdeutliche, dass man steuernde Instrumente benötige.

Im letzten Jugendhilfeausschuss soll es Einigkeit darüber gegeben haben, dass das KiJuPa ein repräsentatives Gremium sein solle. Daher sollten Erwachsene in diesem nur beratend tätig sein. Auch sei ein kooptiertes Modell nicht nötig, da beispielsweise eine Behinderung oder eine Zuwanderungsgeschichte nicht diskriminierend sei.

Darüber hinaus rät sie davon ab, zunächst abzuwarten und ggf. nach einigen Monaten nachzusteuern. Meistens würden bei so einem Vorgehen keine Änderungen mehr erzielt werden.

Herr Epp betont, dass das Konzept u. a. gemeinsam mit Herrn Schuckmann und der Sprecherin der BSV erarbeitet worden sei.

Bezüglich der ein Drittel Delegierten gibt er an, dass diese Vorgabe nicht bedeute, dass diese nicht demokratisch legitimiert seien. Die Vertreterinnen und Vertreter der BSV seien über die Schülerschaft gewählt und dadurch legitimiert. Für die Kinder- und Jugendeinrichtungen müsse noch ein Wahlverfahren entwickelt werden.

In den beiden vorherigen Beratungen wurde der Auftrag gegeben, darauf zu achten, dass das Parlament Absprachen mit den bereits bestehenden Institutionen treffe, um Dopplungen zu vermeiden.

Herr Schuckmann gibt an, dass er den Antrag gut finde, dieser aber aus Initiatorsicht zu früh gestellt worden sei. Er hätte die Auswirkung, dass das KiJuPa bis zur Erarbeitung eines neuen Grundkonzeptes gestoppt werden würde. Man könne den Kindern und Jugendlichen zudem nicht im Vorhinein zu viele Vorgaben machen. Das bisherige Konzept sei so formuliert worden, dass die weitere Arbeit bestmöglich ablaufen könne.

Herr Goertz erläutert, dass der Antrag keine Vorgaben bzgl. der Zusammensetzung mache. Er soll dazu führen, gemeinsam Vorschläge zu erarbeiten, wie man Diversität sicherstellen könnte.

Zudem gibt er an, dass die Fachbeiräte für ihn keine Form der Partizipation seien. Partizipation sei, wenn z. B. Migrantinnen und Migranten direkt in die Gremien gewählt werden. Die Fachbeiräte würden für spezifische Fragestellungen jedoch weiterhin benötigt werden.

Frau Hopster bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Herr Knauf gibt an, dass eine Quotenregelung o. Ä. nicht der richtige Weg sei, um Diversität herzustellen. Das Ziel des Antrags sei es, die Repräsentativität sicherzustellen. Daher lehne er ihn ab.

Er bedankt sich bei Herrn Epp für die Erläuterung bzgl. der Delegierten und gibt an, dass er den Punkt jedoch weiterhin kritisch finde. Die Personen, welche delegiert werden sollen, könnten sich auch über die normalen Wahllisten aufstellen lassen. Durch die Vorgabe, gehe man davon aus, dass diese Personen ihren Interessen nicht auf dem normalen Wege nachgehen könnten.

Herr Pekmezci erläutert, dass er es für sinnvoll erachtet, dass die BSV einen festen Bestandteil im KiJuPa habe, um die gemeinsame Arbeit zu erleichtern. Daher habe er diesen Wunsch in einer gemeinsamen Besprechung angegeben.

Bzgl. des Antrags gibt er an, dass er das Anliegen unterstütze. Er habe selbst einen Migrationshintergrund. Von Menschen mit Migrationshintergrund werde oft gedacht, dass diese nicht qualifiziert seien und sich nicht in der Politik beteiligen wollen. Mit Hilfe des Antrags soll die Beteiligung dieser Personen gefördert werden und keine Verpflichtung entstehen.

Herr Nürnberger berichtet in Bezug auf die Delegationsregelung, dass es im Beirat für Behindertenfragen eine vergleichbare Regelung gebe. Man müsse berücksichtigen, dass es eine Hürde sei, sich über die bezirklichen Wahllisten aufstellen zu lassen. Dieser Vorschlag sei gemeinsam mit den Initiator*innen erarbeitet worden, um andere kleinere Lebenswelten besser einbinden zu können.

- Sitzungsunterbrechung von 16:41 Uhr bis 16:49 Uhr -

Frau Wend berichtet, dass man sich in der Sitzungsunterbrechung gemeinsam mit Herrn Schuckmann auf einen abgeänderten Antragstext geeinigt habe. Der Sinn sei ihrer Ansicht nach gleichgeblieben, allerdings sei der Antrag nun rhetorisch deutlicher formuliert. Der geänderte Antrag lautet wie folgt:

*„Die Verwaltung wird mit Blick auf die Zusammensetzung des Kinder- und Jugendparlaments aufgefordert, in Abstimmung mit den Initiator*innen des KiJuPa einen Möglichkeitenkatalog zu erarbeiten (z. B. ein Kooptionsrecht mit Stimmrecht), der die Repräsentativität und Diversität des KiJuPa in Bezug auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, Kinder und Jugendliche mit Behinderung sowie Geschlechterparität sicherstellt, soweit dies durch den Wahlakt nicht erreicht wurde. Die Nutzung dieses Möglichkeitenkatalogs obliegt dem KiJuPa.“*

Frau Dr. Ait Allali gibt an, dass heutzutage noch keine Gleichberechtigung in der Gesellschaft erreicht sei und es daher die Aufgabe der Demokratie sei, eine Garantie für alle Menschen zu schaffen. Ihrer Ansicht nach sei es wichtig, dass in der Satzung eine Repräsentativität sichergestellt werde.

Frau Stillger weist darauf hin, dass die Formulierung nicht absichere, dass 50 % der Mitglieder des Parlaments weiblichen Geschlechts seien. Dies würde nicht den Förderrichtlinien zur Mädchenarbeit entsprechen.

Frau Weißenfeld stellt zunächst den Antrag von Herrn Langeworth zur Abstimmung.

Beschluss:

Bevor die zweite Wahlperiode beginnt, legt die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss einen ausführlichen Erfahrungsbericht zum Kinder- und Jugendparlament vor.

- einstimmig beschlossen –

Daraufhin stellt Frau Weißenfeld den geänderten Antrag der Koalition zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird mit Blick auf die Zusammensetzung des Kinder- und Jugendparlaments aufgefordert, in Abstimmung mit den Initiator*innen des KiJuPa *einen Möglichkeitenkatalog* zu erarbeiten (z. B. ein Kooptionsrecht mit Stimmrecht), *der* die Repräsentativität und Diversität des KiJuPa in Bezug auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, Kinder und Jugendliche mit Behinderung sowie Geschlechterparität *sicherstellt*, soweit dies durch den Wahlakt nicht erreicht wurde. *Die Nutzung dieses Möglichkeitenkatalogs obliegt dem KiJuPa.*

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Bericht zum Umgangsrecht bei gewalttätigen Männern

(ehemals TOP 5)

Frau Weißenfeld begrüßt Frau Tappmeier vom autonomen Frauenhaus und bittet sie um eine Erläuterung zum ausgestrahlten Fernsehbericht sowie einen Bericht zur aktuellen Situation in den Bielefelder Frauenhäusern.

Frau Tappmeier berichtet, dass es eine Anfrage zu den Themen „Umgangssituation gewaltbetroffene Frauen“ und „Auslegung Umgangsrecht“ gegeben habe. In dem Fernsehbericht sei es um die entsprechenden

Gesetze allgemein und die Bedeutung der Umsetzung dieser Gesetze im Sinne der Kinder für die Frauen gegangen. In der Realität – insbesondere in von gewaltbetroffenen Familien – führe das Umgangsrecht oft zu Konflikten. Daher wurde der Gedanke formuliert, ob es möglich sei, das Umgangsrecht eine Zeit lang zu verwirken, bis die Situation sich beruhigt habe und die Frau eine Perspektive habe.

Auch wurden Beispiele hierzu genannt. Allerdings hatten diese Beispiele nichts mit dem Jugendamt Bielefeld oder einem anderen Jugendamt zu tun.

Als Beispiel für Bielefeld gibt sie an, dass es vor Kurzem im Kinderschutzhaus eine extrem gewalttätige Situation im Rahmen eines begleiteten Umgangs gegeben habe. Hierüber sei auch in der Presse berichtet worden. Ziel bei einem begleiteten Umgang sei es, die Eltern bei den Verhandlungen des Umgangsrecht im Sinne der Kinder zu unterstützen. Aus Sicht von Frau Tappmeier nutzen die Männer das Umgangsrecht häufig, um den weiteren Streit mit der Frau zu suchen. Dies sei eine Zumutung für die Frauen. Trotzdem sollten die Kinder das Recht haben, beide Eltern zu sehen.

Da es eine große Resonanz auf den Fernsehbeitrag gegeben habe, habe es eine erneute Anfrage vom WDR gegeben. In einem weiteren Beitrag werde ein bekanntes aktuelles Beispiel dargestellt.

In diesem Zusammenhang erläutert sie, dass Kommunen einen Gestaltungsspielraum bei der Zusammenarbeit mit den Frauenhäusern haben. Bei der Stadt Bielefeld sei es so gehandhabt, dass eine Mitarbeiterin des Jugendamtes für die Frauenhäuser zuständig sei. Die Mitarbeiterin würde die Frauen vor Ort besuchen, obwohl es eine anonyme Adresse sei. Auch die Ausgestaltung des begleiteten Umgangs sowie die Ausübung des Umgangsrecht lege im Gestaltungsspielraum des jeweiligen Jugendamtes.

Bzgl. der aktuellen Situation gibt Frau Tappmeier an, dass es keinen Corona-Fall, sondern lediglich Fälle der Kontaktquarantäne, gegeben habe. In beiden Frauenhäusern seien hierfür Quarantänezimmer eingerichtet worden. Alle Frauen seien freiwillig geimpft und bereits geboostert. Ebenso seien alle Mitarbeiterinnen geimpft.

Darüber hinaus berichtet sie, dass es bislang keine erhöhten Platzanfragen gegeben habe. Allerdings häufen sich in der letzten Zeit die Anfragen bei den Beratungsstellen.

Frau Purucker fragt, wie die Situation für die Kinder in der Corona-Zeit z. B. aufgrund von Schulschließungen gewesen sei.

Frau Tappmeier berichtet, dass das Kinderzentrum während der Schulschließungen die Öffnungszeiten erweitert und alle Kinder gleichzeitig aufgenommen habe. Das Kinderzentrum habe den Kindern zudem beim Homeschooling geholfen. Den älteren Kindern mit komplexeren Aufgaben haben die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses geholfen.

- Kenntnisnahme –

-.-.-

Zu Punkt 7

Erfahrungsbericht freier Träger zur mobilen Kinder- und Jugendarbeit

Frau Eckhof vom Verein Spielen mit Kindern erläutert anhand einer Präsentation ihre Arbeit am Oberlohmannshof. Sie berichtet, dass das Angebot sich an Kinder im Alter von 6-12 Jahren richte. Während der Corona-Zeit sei es besonders wichtig gewesen, vor Ort präsent zu sein. Zudem stellt sie beispielhaft Projekte dar und gibt einen Ausblick auf die Planungen für die nächsten Monate. Wichtig sei ihr insbesondere die Verstärkung der mobilen integrativen Arbeit.

Herr Hausmann und Herr Steinsiek vom Trägerverein der Evangelischen Offenen und Mobilen Arbeit berichten ebenfalls anhand einer Präsentation von ihrer Arbeit mit dem „EvJuBi MOBIL“. Der erste Einsatzort sei auf Anfrage der BV Mitte der Ostmarkt gewesen. Im Sommer 2022 soll ein weiterer Standort hinzukommen. Dieser soll in Absprache mit dem Jugendamt und den Bezirksvertretungen gefunden werden. Zudem weisen sie daraufhin, dass es aktuelle Informationen zu dem Projekt auf Instagram gebe.

Frau Wend bedankt sich für die Schilderungen und fragt wie viele Kinder an den Projekten im Oberlohmannshof teilnehmen bzw. über diese erreicht werden. Zudem fragt sie, ob durch die Corona-Wellen weniger Kinder teilgenommen haben und ob diese danach wiedergekommen seien.

Frau Eckhof berichtet, dass durchschnittlich 70 Kinder pro Angebot kommen. Dies sei oft auch wetterabhängig, wobei viele Kinder in der Nähe wohnen und auch bei schlechtem Wetter zum Angebot erscheinen. Durch die Kontaktbeschränkungen während Corona habe man viele Mädchen verloren, da diese oft einen engen Kontakt z. B. am Spieltisch suchen würden. Diese seien mittlerweile allerdings alle wiedergekommen.

Frau Purucker fragt danach, wie die Angebote beworben werden, damit die Kinder von ihnen erfahren.

Frau Eckhof gibt an, dass am Oberlohmannshof nicht viel Werbung notwendig sei, da das Projekt schon mehrere Jahre im Quartier sei. An anderen Standorten werde aber auch viel mit den Trägern vor Ort zusammengearbeitet, z. B. mit dem Grünen Würfel am Kesselbrink.

Herr Hausmann berichtet, dass die heute ausgelegten Flyer in den umliegenden Schulen verteilt wurden. Zudem lege der Ostmarkt direkt auf dem Schulweg der Kinder, so dass diese das Angebot direkt wahrnehmen können.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 8

Bilanz zum Ausbildungsmarkt

Frau Scigala-Blatt berichtet, dass sie mit Hilfe von einigen Charts in die Power-Point-Präsentation in das Thema einleiten werde und die bereits übersandten Statistiken um Zahlen bzgl. des Geschlechterverhältnisses ergänzen werde.

Sie gibt an, dass in Bielefeld die unversorgten Bewerberinnen und Bewerber einen Anteil von 5,7 % ausmachen. Der Bundesdurchschnitt liegt im Vergleich mit 6,4 % etwas höher.

Daraufhin gibt Herr Wittler weitere Informationen zu den Abgängen im Jahr 2020/2021. Er weist bzgl. der Tabelle in der Präsentation auf mögliche Rundungsdifferenzen hin. Den Rückgang im Schuljahr 2019/2020 bei der dualen Ausbildung führt er darauf zurück, dass betriebliche Praktika und Eindrücke kaum möglich waren.

Aufgabe derzeit sei es, niedrighschwellige Angebote zu schaffen und Beratungen in Schulen und Quartieren anzubieten, um die bestehende Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher zu mildern.

Frau Scigala-Blatt stellt daraufhin die aktuelle Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit dar.

Frau Weißenfeld bedankt sich für den Vortrag und gibt an, dass man sich weiterhin für Jugendliche einsetzen müsse, insbesondere im Bereich des dualen Systems.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 9

Spielflächenbedarfsplanung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2684/2020-2025

Frau Purucker gibt folgende Änderungswünsche für das Geodatenportal an:

- Hinterlegung der Kinderspielplätze auf der Karte des Portals
- Einschätzung zu den verfügbaren Spielgeräten
- Möglichkeit ein Foto zu hinterlegen
- Filtermöglichkeit nach speziellen, inklusiven Spielgeräten
- Darstellung des Untergrundes der Spielplätze
- Hinterlegung von kindgerechten naturnahen Spielflächen, Walderkundungen und Kinderwanderpfaden

In diesem Zusammenhang schlägt sie vor, gemeinsam mit Kindern mit Einschränkungen zu erarbeiten, welche Faktoren wichtig wären.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Nutzung des "Grünen Würfels" in den Jahren 2022 und 2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2286/2020-2025

Frau Weißenfeld erläutert, dass es sich um die 2. Lesung der Vorlage handelt, da die Bezirksvertretung Mitte zunächst noch einen Besuch im Grünen Würfel geplant hatte.

Herr Langeworth berichtet, dass sich im Grünen Würfel viele verschiedene Gruppen treffen. Es sei jedoch theoretisch auch möglich, dass sich diese in anderen Räumen treffen. Durch die Nutzung habe man sich eine Verbesserung auf dem Kesselbrink erhofft. Diese sei nicht eingetreten. Daher sei die CDU der Meinung, dass es nicht weiter vertretbar sei, die Einrichtung auf Kosten der Stadt aufrecht zu erhalten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt:

1. **Der Grüne Würfel soll im Jahr 2022 und 2023 als Begegnungszentrum weitergeführt und zu einem längerfristigen Angebot entwickelt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen:**
 - 1.1. **Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Vermieterin BGW eine Vereinbarung über die weitere Nutzung zu treffen und über die Verlängerung des Mietvertrags zu verhandeln. Die Verwaltung prüft in diesem Zusammenhang, ob bei einer langfristigen Nutzung des Grünen Würfels als Begegnungszentrum der Erwerb des Gebäudes im Vergleich zur weiteren (dauerhaften) Anmietung die wirtschaftlichere Lösung darstellt und klärt mit der Eigentümerin, ob und zu welchen Bedingungen die Bereitschaft zu einem Verkauf besteht.**
 - 1.2. **Die Verwaltung wird beauftragt, den Betrieb im Jahr 2022 wie bisher selbst zu gewährleisten. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit den freien Träger*innen und Nutzer*innen des Grünen Würfels ein kooperatives Träger- und Finanzierungsmodell für einen langfristigen Betrieb zu entwickeln – mit dem Ziel, den Betrieb ab dem oder im Jahr 2023 auf einen Trägerverbund zu übertragen (Träger- / Vereinskoooperation, Bürger*innenorganisation o.ä.).**
 - 1.3. **Die Verwaltung wird beauftragt, den Ratsgremien über die Angebote im Grünen Würfel und über die Entwicklung des Träger- und Finanzierungskonzepts sowie über die Gespräche mit der BGW regelmäßig zu berichten. Das Träger- und Finanzierungskonzept wird den Ratsgremien rechtzeitig zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.**

2. Die erforderlichen Miet-, Sach- und Personalkosten für den Betrieb des Grünen Würfels in Höhe von 329.400 € im Jahr 2022 werden aus nicht verausgabten Mitteln für den Betrieb des Grünen Würfels in den Jahren 2020 und 2021 sowie dem Integrationsbudget finanziert. Ab dem Jahr 2023 werden in der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt die notwendigen Mittel von 344.400 € jährlich eingestellt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 10.1 Einschränkung der Vergabe von Räumen im Grünen Würfel Antrag der Fraktion FDP

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2537/2020-2025

Der Antrag wurde von der FDP zurückgezogen.

Beschluss:

Bei der Weiterführung des Betriebs werden zivilgesellschaftliche Gruppen auf eine Beobachtung vom Verfassungsschutz oder auf eine Verbindung zu Organisationen geprüft, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Gruppen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden oder Gruppen mit Verbindungen zu vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppen werden keine Räume mehr im Grünen Würfel zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für Gruppen der antisemitischen BDS-Bewegung - damit wird der Beschluss des Rats der Stadt Bielefeld vom 11.07.2019 bekräftigt.

- zurückgezogen -

Zu Punkt 11 Gesamtkonzept der Nutzung sozialer Angebote

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2529/2020-2025

Herr Langeworth bedankt sich für die Erstellung des übersichtlichen Konzepts. Er empfiehlt jeden, sich mit den einzelnen Angeboten zu beschäftigen und sich einen Überblick zu verschaffen.

- Kenntnisnahme -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2780/2020-2025

Frau Gürbüz-Bicakci stellt einige wesentliche Punkte der Vorlage dar. Das Konzept gebe es bereits seit dem Jahr 2008, jedoch würden erst seit den letzten drei Jahren Familien sowie Träger und Verbände partizipativ an der Weiterentwicklung beteiligt. Partizipation und Öffentlichkeitsarbeit werden im Rahmen des familienfreundlichen Bielefelds zukünftig wichtige Themen sein.

Frau Purucker dankt der Verwaltung für den partizipativen Umsetzungsprozess und die Beantragung von Fördermitteln. Zudem lobt sie die Absicht, umfassend digitale Informationen zur Verfügung zu stellen. Wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei der kontinuierliche Ausbau von Kita-Plätzen sowie die Bekämpfung des Fachkräftemangels, welcher zu Kürzungen von Betreuungszeiten führe. Auch die Flexibilisierung der Betreuungszeiten könne Eltern im Arbeitsleben weiterhelfen.

Frau Wend hofft darauf, dass das Konzept noch partizipativer werde und die Öffentlichkeit noch mehr von diesem erfahre. Zudem bittet sie bzgl. des Beschlussvorschlags Nr. 4 um eine wohlwollende Prüfung der Verwaltung.

Frau Stillger bedankt sich für die Erstellung des Konzepts und schlägt vor, die Herangehensweise als Beispiel für andere Berichte zu nehmen.

Frau Weißenfeld fragt bzgl. des Beschlussvorschlags Nr. 4, wer diese Anlaufstelle betreiben soll, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Zudem bittet sie darum, zukünftig den Ausdruck „Kinder mit Behinderungen“ statt „behinderte Kinder“ zu nutzen.

Daraufhin bedankt sie sich bei Frau Gürbüz-Bicakci für den Vortrag und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erkenntnisse und Ergebnisse der vorliegenden Befragungen und Beteiligungsprozesse in den verschiedenen Arbeitsfeldern und Dezernaten aufzugreifen, diese in den entsprechenden Gremien und Arbeitskreisen zu thematisieren und Lösungen herbeizuführen, um so Bielefeld kontinuierlich noch familienfreundlicher zu gestalten.**
- 2. Das Dezernat für Soziales und Integration wird beauftragt, die 2-jährliche Berichterstattung zum „Familienfreundlichen Bielefeld“ zukünftig immer unter Beteiligung von Familien durchzuführen. Das können vorangegangene Befragungen, Zukunftswerkstätten, Workshops oder Familientage sein.**

3. Alle 2 Jahre soll ein Familientag in Bielefeld durchgeführt werden, der den Eltern sowohl einen Überblick über die Angebotslandschaft gibt („Markt der Möglichkeiten“), als auch einen inhaltlichen Austausch zwischen Politik, Verwaltung, Verbänden, Akteur*innen und Familien ermöglicht. Hier sollen Impulse für eine Weiterentwicklung des „Familienfreundlichen Bielefelds“ entstehen.
4. Das Dezernat für Soziales und Integration wird beauftragt zu prüfen, ob und wie eine Anlaufstelle für Eltern mit behinderten Kindern initiiert und ausgestaltet werden kann. Hierfür sollen nach Möglichkeit Fördermittel eingeworben werden.
5. Das Dezernat für Soziales und Integration wird beauftragt zu prüfen, ob die digitale Plattform des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI) in Bielefeld eingeführt werden kann. (<https://www.mkffi.nrw/pressemitteilung/online-service-guter-start-nrw-unterstuetzung-fuer-vorschulkinder-schneller-finden>). Hierfür sollen nach Möglichkeit Fördermittel eingeworben werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Umschichtung von Mitteln des Bielefelder Corona-Aktionsplans

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2685/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Für den Corona-bedingt erforderlichen Ausbau der Beratung von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und deren Familien im Haushaltsjahr 2022 werden 40.000 € bereitgestellt. Diese Mittel sind einzusetzen für eine Aufstockung der Beratungskapazitäten in den vier Bielefelder Erziehungs- und Familienberatungsstellen. In diesem Umfang reduzieren sich die ursprünglich für die anderen Corona-Maßnahmen des Jugendamtes (Maßnahmen 510-2 bis 510-10) bereitgestellten kommunalen Mittel.

2. Die für das Haushaltsjahr 2022 beschlossene und mit kommunalen Mitteln in Höhe von 80.000 € hinterlegte Corona-Maßnahme 510-5 „Ausbau der Digitalisierung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und in den Stadtteileinrichtungen für Kinder und Jugendliche“ wird in das Haushaltsjahr 2021 vorgezogen und aus Mitteln des gemeinsamen Aktionsprogramms des Bundes und der Länder „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ finanziert. In diesem Umfang reduzieren sich die ursprünglich für das Haushaltsjahr 2022 bereitgestellten kommunalen Mittel.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Förderung der Spielstube Schmetterlinge im Quartier Zedernstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2686/2020-2025

Frau Hopster meldet Befangenheit an.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

Beschluss:

1. Die Stadt Bielefeld ist grundsätzlich bereit, das im Quartier Zedernstraße gelegene Brückenprojekt „Spielstube Schmetterlinge“ des AWO Kreisverbandes Bielefeld e.V. im Jahr 2022 zu fördern.
2. Über die genaue Höhe der Förderung entscheidet der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung im Januar 2022. Zu diesem Zweck ist seitens der Verwaltung eine entsprechende Beschlussvorlage einzubringen.
3. Die benötigten Mittel sind im Budget des Amtes für Jugend und Familie – Jugendamt – zu erwirtschaften.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15 **Landeszuschuss für plusKITAs und andere Einrichtungen mit zusätzlichem Sprachförderbedarf**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2672/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Anerkennung der AWO Kita Rasselbande als Einrichtung mit besonderem Sprachförderbedarf.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, der AWO Kita Rasselbande für die Zeit vom 01.08.2021 (Beginn des Kita-Jahres 2021/2022) bis 31.07.2025 (Ende des Kita-Jahres 2024/2025) einen Förderbetrag von 5.000 €/Jahr zu gewähren.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16 **Mobile Luftfilter für Bielefelder KiTas**

-.-.-

Zu Punkt 16.1 **Bericht bauliche Maßnahmen und Umsetzungsstand in den neun städtischen Kitas**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2695/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt ohne weitere Aussprache die Vorlage zur Kenntnis.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 16.2 **Antrag der Fraktion FDP vom 20.09.2021**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2445/2020-2025

Frau Weißenfeld gibt an, dass der Antrag ihrer Ansicht nach durch die Vorlage der Verwaltung zu TOP 16.1 hinfällig sei.

Herr Epp berichtet, dass der Auftrag an die Verwaltung erledigt sei und der ISB derzeit dabei sei, die geschilderten Maßnahmen abzuarbeiten. Dies sei kostenneutral, da die Maßnahmen aus dem Sachkostenbudgets für die städtischen Kitas finanziert werden.

Da kein Vertreter der FDP mehr im Ausschuss anwesend ist, stellt Frau Weißenfeld den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mobile Luftfilter für diejenigen Räume zeitnah anzuschaffen und zu installieren, für die zuletzt Förderanträge für stationäre Luftfilter beantragt wurden. Die von der Verwaltung vorgesehenen Eigenmittel werden dementsprechend aufgestockt.

- bei einer Enthaltung einstimmig abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 17

Raumtechnische Luftfilteranlagen und mobile Luftfilter in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und den Stadtteileinrichtungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2678/2020-2025

Frau Häckel gibt an, dass die Abfrage zu unkonkret und pauschal gewesen sei, insbesondere in Bezug auf die mobilen Anlagen. Daher schlägt sie vor, die Abfrage zu konkretisieren und das Thema in der AG 78 Jugendarbeit zu besprechen. Die daraus resultierenden Ergebnisse könnten dann im Ausschuss berichtet werden.

Herr Langeworth fragt an, ob es nicht eine kostengünstigere Alternative wäre, CO₂-Ampeln anzuschaffen. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob mit diesen bereits gearbeitet werde.

Frau Purucker gibt an, dass die Koalition sich darauf geeinigt habe, K2-Räume anders einzuschätzen. Daher fragt sie, ob es K2-Räume in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gebe. Wenn es diese Räume gebe, sollten einige von diesen zunächst getestet werden.

Frau Wend begrüßt den Vorschlag von Frau Häckel. Dadurch könnte der Bedarf ggf. konkreter werden. Offene Fragen seien demnach noch folgende:

- Welche Räume sind K2-Räume?
- Welche Anforderungen an die Geräte gibt es?
- Was ist der zeitliche und technisch machbare Rahmen?
- Wie sind die Eigentumsverhältnisse bei den stationären Luftfiltern

Frau Weißenfeld gibt den Auftrag, die Abfrage erneut zu starten und den Vorschlag von Herrn Langeworth in die Diskussion in der AG 78 mitaufzunehmen, an die Verwaltung weiter.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 18

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Epp berichtet, dass in der nächsten Sitzung am 26.01.2022 folgende Punkte voraussichtlich thematisiert werden sollen:

- Integrationsmonitoring
- Umsetzung des Projekts „BildungswegStärkung“
- Vorstellung des Arbeitsbereiches „Gewalt- und Extremismusprävention“ an Schulen
- Inklusionsplanung
- Weiterentwicklung stationäre Hilfen zur Erziehung
- Flexibilisierung der Betreuungszeiten
- Verwendung des Integrationsbudgets
- Spielstube Zedernstraße
- Trägeranteil Subventionierung (Unterausschuss)

-.-.-

Bielefeld, 29.11.2021

Regine Weißenfeld (Vorsitzende)

Liesa Warneke (Schriftführerin)